

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsstörungen Streik usw. ersichtlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpalme Preisliste oder deren Raum 15 Pfa., die halbpalme Reklamezeile 40 Pfa., Ausnahmungsgebühr 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegungsgebühr: 10.— M., das Zustell-, auszüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 70

Dienstag, den 16. Juni 1931

33. Jahrg.

Bei dem von uns veranstalteten

13. Wettbewerb für Fensterblumenschmuck

wurden für besonders gute Leistungen durch Ueberreichung von Blumenpenden ausgezeichnet:

- Frau Arnold, Leipziger Straße 64/65,
- „ Dümcke, Markt 1,
- „ Gengel, Wittenberger Straße 36,
- „ Gerber, Burgstraße 9,
- „ Grubne, Burgstraße 4b,
- „ Jaoel, Mittelstraße 7,
- „ Jöhne, Wittenberger Straße 57,
- „ Jerner, Wittenberger Straße 34,
- „ Knaf, Gartenstraße 6,
- „ Frau Ludley, Wittenberger Straße 43,
- „ Frau Müller, Leipziger Straße 54,
- „ Schröder, Döberstraße 17,
- „ Schüge, Wittenberger Straße 45,
- „ Spieler, Markt 6,
- „ Thomas, Markt 5.

Auch die übrigen Vermählungen werden dankbar anerkannt. Alle haben zur Verschönerung unserer Stadt beigetragen. Für 1931 wird hiermit der 14. Wettbewerb ausgeschrieben. Wir bitten um rege Beteiligung. Kemberg, den 12. Juni 1931.

Der Magistrat

Gefundene Gegenstände:

- 30. 12. 30 1 Trauring,
- 16. 2. 31 1 Handtuch,
- 30. 3. 31 1 Peitsche,
- 13. 4. 31 1 Automotorzeug,
- 26. 5. 31 1 Ersatzrad für Motorräder,
- 13. 6. 31 1 Schlüsselbund.

Kemberg, den 11. Juni 1931.

Die Polizeiverwaltung.

Unheilswangere Tage.

Neubildung des Kabinetts erwartet. — Brünings Haltung.

Nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Abgeordneten Dingeldey wurde die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei fortgesetzt, die sich bis in die spätesten Nachstunden hinzog und an der auch Vertreter des Parteivorstandes und der preussischen Landtagsfraktion teilnahmen. Nach eingehenden Beratungen hat die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, für die Einberufung des Reichstages einzutreten.

Entscheidung der D.V.P.

Diese Entscheidung wird vor allem damit begründet, daß nach ihrer Auffassung der Nation neue Kräfte nur dann zugeworfen werden könnten, wenn gleichzeitig auch entscheidende Aktionen in der Reparationsfrage erfolgten. Außerdem wird von volksparteilicher Seite betont, daß man in der vorliegenden Notlage wieder eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Haushaltpolitik nach einer Zinsoberwindung der Wirtschaftsgeldung zu erblicken vermöge.

Dem Reichskanzler ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei kein Mißtrauensvotum für seine Person bedeute. Dagegen erwartet man von Dr. Brüning, daß er nunmehr zu der seit langem geforderten Neubildung des Kabinetts schreitet.

Brünings Haltung.

Falls mit der Entscheidung der Deutschen Volkspartei im Aulsenrat des Reichstags sich eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages ergeben sollte, wird mit der Bekundung des Kabinetts Brüning gerechnet, da der Reichskanzler in den Parteiführerbesprechungen des Donnerstags keine Anweisung nach dieser Richtung hin schon mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Der Reichskanzler fuhr am Freitagvormittag nach Meudon, um dort dem Reichspräsidenten über die gesamtpolitische Lage Bericht zu erstatten. Er wird für Sonnabendvormittag wieder in Berlin zurück erwartet, und man nimmt an, daß an diesem Tage wichtige innerpolitische Entscheidungen fallen werden.

Meinung des Landvolks.

Wie die „Landvolks-Nachrichten“ mitteilen, steht man in Kreisen der Landvolksfraktion auf dem Standpunkt, daß vor der Entscheidung über die Wiederberufung des Reichstages erst Klarheit darüber geschaffen werden muß, wie die Regierung sich die weitere Behandlung der Reparationsfrage denkt.

Die Notverordnung mit ihren schwerwiegenden Opfern für weite Bevölkerungsteile ist nur dann tragbar, wenn die Gewichte dafür gegeben sind, daß nunmehr das Reparationsproblem erhofft angepaßt wird.

Im engen Zusammenhang damit steht die Frage einer Umwandlung des Reichskabinetts. Diese Umwidmung ist von der Landvolksfraktion seit den Septemberwahlen gefordert worden. Sie ist heute akuter denn je, sowohl was die Person des Reichsaussenministers anbelangt, wie auch die des Reichsfinanzministers.

Diétrich soll gehen!

Abgesehen von den schwerwiegenden sachlichen Bedenken gegen die Politik des Finanzministers kommt noch hinzu, daß man es aus persönlichen Gründen für unmöglich hält, einen Vizeminister wie Diétrich für die Dauer im Amt zu belassen. Schon die Art und Weise, wie er die Frage der Beamtengehälterfragen behandelt hat, ist schwer erträglich.

In einem Zeitpunkt, wo für alle Kemner der Sachlage die kommende Gehaltsföhrung außer Frage stand und wo die Beamtenorganisationen selbst bestimmt mit ihr rechnen, hat Diétrich mehrfach erklärt, ihm seien solche Pläne nicht bekannt, und er würde ihnen völlig fern.

Die Stellung der Reichsopposition.

Selbstverständlich ist auch die Frage von ausschlaggebender Bedeutung, wie sich Deutschnationale und Nationalsozialisten zu einer Regierungsneubildung verhalten. Die letzte Rede Dr. Hugenbergs in Borna läßt zunächst noch den weitgehenden Kombinations Spielraum, da Dr. Hugenberg zwar einerseits stark die realpolitische Notwendigkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum erkennt, andererseits aber grundsätzlich nicht mit denen praktizieren will, die dem Youngplan zugestimmt haben. Für das eine oder andere werden sich wohl die Deutschnationalen bald entscheiden müssen.

Die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ schreiben u. a.: Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokraten sich mit einer Umwidmung, die die der Sozialdemokratie noch erträglichsten Minister betrifft, etwa Bierich, Curtius, Wirth — einverstanden erklären werden. Daß die Rechte durch die Ausschließung einiger Persönlichkeiten veranlaßt werden könnte, die Regierung Brüning zu tolerieren, wird wohl selbst der größte Optimist nicht annehmen wagen.

Die Deutschnationalen haben sich eindeutig genug dahin ausgesprochen, daß nur die Erziehung des jetzigen Kabinetts durch ein Kabinetts, das mit der Erfüllungspolitik nicht belastet ist, und eine gleichzeitige Umgestaltung der Verhältnisse in Preußen für sie die Voraussetzung zur Aufgabe der Oppositionsstellung geben könnte.

Die Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die wertigste Masse auf das schwerste belastet. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des wertigsten Volkes zur Folge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken. Die neue Notverordnung hat aber durch ihre traffe Einseitigkeit, die die unteren Volksschichten auf das schwerste belastet, die größte Erregung ausgelöst. Diese Erregung ist um so berechtigter, weil die Notverordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht gerecht, ungewöhnlich und nutzlos sind, dabei aber ungeheuer verhängnisvoll wirken.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb eine Änderung der Notverordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.

Sie hat davon Kenntnis genommen, daß der Fraktionsvorstand Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Milderung der Notverordnung zu erreichen. Sie wird die Entscheidung über ihre weiteren Schritte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen.

Deshalb verlangt sie die Fraktion auf Dienstagvormittag. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstages verlangen soll.“

Brüning bleibt fest.

Der Reichskanzler ist, wie verlautet, nach wie vor entschlossen, auf Nichteinberufung des Reichstages zu bestehen und nötigenfalls die Konsequenzen zu ziehen, wenn gegen diesen Wunsch der Aulsenrat mit Mehrheit die Einberufung des Reichstages beschließen sollte.

Die für Sonnabend vorgesehenen Unterredungen mit den Verhandlungsführern der Wirtschaftspartei, der Christlich-Sozialen und der Staatsparteien dürften lediglich informativem Charakter haben. Am Sonnabendnachmittag über die Reichskanzler nach Hildesheim zur Tagung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion des Zentrums

Reichsausschuß der Volkspartei

Am Reichstags in Berlin trat — wie die Deutsche Volkspartei mitteilt — der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei zusammen. Der Parteiführer, Abgeordneter Dingeldey, erstattete einen einheitlichen Bericht über die politische Lage, wie sie seit dem Erlaß der Notverordnungen

sich gestaltet hat.

Der Reichsausschuß steht in Geschlossenheit hinter dem Parteiführer und hat zu seiner Führung völlige Vertrauen.

In einer eingehenden Aussprache wurde zu den Einzelfragen Stellung genommen und über die Aufstellung der Parteiorganisationen berichtet.

Noch keine Klarheit.

Die Landvolksfraktion voraussichtlich für Einberufung des Reichstages. — Korrektur des volksparteilichen Beschlusses! Berlin, 13. Juni.

In Berliner politischen Kreisen erörtert man naturgemäß lebhaft die Aussichten der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Dabei interessiert man sich besonders für die Frage, welche Entscheidung die Landvolksfraktion treffen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Landvolk am nächsten steht, berichtet, diese Fraktion werde sich voraussichtlich sichtlich entscheiden, wie die Deutsche Volkspartei, und so sei die Einberufung des Reichstages so gut wie gewiß.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahesteht, hält man es dagegen noch keineswegs für sicher, daß sich am Dienstag im Aulsenrat eine Mehrheit für die Parlaments einberufung ergibt. Man hofft immer noch, daß sich die Deutsche Volkspartei doch noch die Möglichkeit findet, auf die Einberufung zu verzichten.

Die Fraktion tritt am Montag erneut zusammen, um sich mit dem leichten Anlaß der Notverordnung zu beschäftigen. Es liegt nahe, daß man sich bei jeder Gelegenheit auch noch einmal über die grundsätzliche Einstellung zur Reichstags einberufung unterhält, zumal die Mehrheit für die Einberufung nur zwei Stimmen betrug; von den 21 anwendenden Abgeordneten hatten 15 für die Einberufung und 13 dagegen gestimmt.

Bevorstehende Fraktionsentscheidungen.

Reichstagsausschuß zur Abänderung der Notverordnung? Berlin, 14. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm nach seiner Rückkehr von Meudon die Besprechungen mit den Parteiführern wieder auf.

In Regierungskreisen beurteilt man die Lage vorsichtig. Nähere Mitteilungen über die weiteren Absichten des Kanzlers wurden bisher nicht gemacht. Man betont jedoch, daß irgendwelcher Anlaß zur Nervosität nicht gegeben sei.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte eine neue Besprechung mit den sozialdemokratischen Fraktionsführern, an der auch Reichsarbeitsminister Siegel und der Führer der Zentrumsfraktion, Dr. Raas, teilnahmen.

Es wurde dabei die Möglichkeit der Einberufung des Reichstagsausschusses zum Zweck der Abänderung der Notverordnung erörtert, doch ist eine entscheidende Stellungnahme noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen wurden bis zur Rückkehr des Kanzlers aus Hildesheim, am Montag früh, vertagt.

Vorher hatte Dr. Brüning Dr. Weber von der Staatspartei, Empfänger von der Christlich-Sozialen und Dr. v. v. der Wirtschaftspartei empfangen.

Schon in den ersten Tagen der kommenden Woche wird aller Voraussicht nach die endgültige Entscheidung über die Frage fallen, ob der Reichstag, der sich zur Zeit bis zum 13. Oktober vertagt hat, zur Besprechung der neuen Notverordnung zu einer Zwischentagung zusammenzutreten soll, die dann zweifellos einen an lebhaften Auseinandersetzungen reichen Verlauf nehmen dürfte. Bisher ist für Montagvormittag eine Sitzung der Fraktion der Wirtschaftspartei vorgesehen. Am Nachmittag treten dann zu gleicher Zeit die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zusammen. Der für Dienstagmittag in Aussicht genommenen Sitzung des Aulsenrates, der zu den Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf frühere Reichstags einberufung endgültig Stellung nehmen will, geben Fraktionsführungen der Sozialdemokraten, des Landvolks, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei voraus.

An beiden Tagen wird der Kanzler, dessen Fraktion am Sonntag in Hildesheim zusammentritt, die Parteiführer zu Rückfragen über die Notverordnung empfangen, und zwar am Montagvormittag unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Hildesheim zunächst den Abgeordneten Molath, den Vorsitzenden der Fraktion der Wirtschaftspartei.

Preussischer Landtag.

Berlin, 13. Juni.

Das Haus beschäftigt sich mit einer Anzahl von Ausschussanträgen. Abgelehnt wird entsprechend der Entscheidung des Unterrichts-ausschusses der Deutschnationale Antrag des Staatsministeriums, in allen Schulen ein kurze Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles und des Youngplans zu verteilung zu bringen.

Durchs Brandenburg Tor.

Zum Einzug der Truppen in Berlin am 16. Juni 1871.

Als die Sieger des großen Krieges 1870/71 ihren Einzug in die Hauptstadt des neuen Reiches hielten, war das der Zufall fast jahlos Empfangener in ganzem Reich, aber der Einmarsch in Berlin war zugleich der prunkvollste, der glanzvollste Tag in der Geschichte des Brandenburgischen Landes und der Linden. Ein Zufall des städtischen Musikfests auf dem Barier Platz verübte das haben des zum Tempelhofer Felde kommenden Siegeszuges. Den Kaiser und sein Herz umtrauten endloser Jubel. Eine Ehrenreiterkavallerie begriffte an der Spitze von 75 in blau und weiß gekleideten Ehrenjungfern den Kaiser mit einem Gedicht, das wie folgt klang:

„Nun grüßt der Jubel dich von Millionen Aus deutscher Brust in Ost, West, Süd und Nord; Schlägt's deutsche Herz doch weit und allen Zonen Treu deine warmen Heimatspfade fort, Und mit den unweiblichen Vorberetrönen Bringt du die Palmen uns, als Friedenshort, Daß ihr Schütten dich noch lange laßt.“

Dein Stimmens-Mühen reiche Gmte lobt.“ Hierauf wurde dem Kaiser auf einem Kissen von weißem Atlas ein früher Vorberetrang überreicht. Der Kaiser aber antwortete schlicht: „Ich nehme den Dank, den Sie mir in dem Gedicht ausgesprochen haben, an, nicht für mich, sondern für die Armee.“

Dann aber ritt der greise Kaiser zu etwa 50 vor den Magistratssträßen stehenden verwundeten Offizieren und begrüßte sie mit erstem Blick: „Ach danke Ihnen, meine Herren, Sie haben es mir eingebracht.“ Daraufhin nahm er erst die Begrüßung des Magistrats entgegen. Der Kaiser, besonders aber auch Bismarck und Rottke waren den jubelnden Jubelzug ausgeführt, aber der Berliner ermarrete auch mit ihm Ebnhützig in ihm bekannten und vertrauten Regimenten, die Alexander, die Franzer, die Garde-Schützen usw.

Der Vorberetrang der Truppen, denen voran 81 erbeutete französische Adler und Fahnen getragen wurden, dauerte fast drei Stunden, eine große Anziehungskraft für die Truppen, die schon am frühen Morgen auf dem Tempelhofer Feld Aufstellung genommen hatten. Die Anstrengungen wurden gern ertragen, war doch die Feier des Sieges für alle zugleich die Feier des Friedens, die frühe Heimkehr in Haus und Familie. Im Anschluß an den Einmarsch fand noch die feierliche Enthüllung des Denkmals Friedrich Wilhelm III. im Lustgarten statt. Am Abend begann das große Volksfest, wo sich die Massen vergnügten in den Straßen der festlich und prächtig illuminierten Hauptstadt bemegten.

Zum Zeichen und zur Bekräftigung der neu gewonnenen Einigkeit waren auch ein Bataillon Truppen aus den anderen deutschen Ländern für den Einzugstag in die Reichshauptstadt abgesehen worden, und in einem Abschiedsgeheimlich an die süddeutschen Brüder heißt es:

„Sagt's euren Brüdern — gern gelast' ich euch's — Wie ihr gefunden mich in Art und Weis; Doch sagt auch, daß der Hauptstadt dieses Reichs Der Tag sein Fest war' ohne euch gewesen!“

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

lieferd frei Haus Richard Arnold.

Einzug ins Elisee.

Ansankrit des neuen französischen Staatspräsidenten.

Paris, 14. Juni.

Der französische Staatspräsident Doumergue ist nach siebenjähriger Staatspräsidentenschaft in den Ruhelund getreten und übertrag das höchste Amt der französischen Republik seinem Nachfolger Doumer.

Die Feierlichkeit nahm folgenden Verlauf: Um 14 Uhr verammelten sich die Mitglieder der Regierung, die Präsidenten des Senats und der Kammer sowie die Chef des Bureaus beider Häuser. Ministerpräsident Doumer bestieg in Begleitung des Chefs des Protokolls ein offenes Auto und begab sich, geleitet von zwei Kaiserlicher Schwadronen mit der Regimentskapelle an der Spitze, in den Senat, um dort den neuen Staatspräsidenten abzuholen und in das Elisee zu führen. Während der Fahrt Doumers gab eine an den Seiten-Quais aufgestellte Batterie Salutsschüsse ab. Bei der Ankunft erries ein Infanterie-Bataillon dem Präsidenten militärische Ehrenbezeugungen. Der Chef des Militärkabinetts und der Präsidentsekretär der Präsidentschaft empfingen

mir wohl — mein Herz klopf, wenn er sich mir nähert, und ach — ich weiß selbst nicht, was es ist, das mich immer wieder küßt und abwechselnd ihm gegenüber macht.“

„Denn Grotz ist es, du mußt dich nicht so schnell ergeben.“

„Nein, nein, nicht das allein, ich fühle mich ihm gegenüber noch so — I fremd.“

„Freundlich! Aber, liebes Herz, ich dünkte, ihr kennt euch beide genug.“

„Aber nur von Gesellschaften her, und da sieht man nur die Oberfläche.“

„Du ficht, daß er dich liebt, und das ist genug.“

„Nein, das ist nicht genug. Zwei Menschen, die sich fü das Leben angehen wollen, müssen auch innerlich harmonieren, das heißt, ihre Seelen und Charaktere müssen sich, wenn auch nicht gleich, so doch anziehen, wie zwei Pole.“

„Nun — ist das nicht auch etwa nicht der Fall?“

„Das schon — aber —“

„Was du nur ficht! Aber haßt; wahre Liebe stellt kein Aber, das vertraut blindlings.“

„Eben, das ist es ja; ich möchte auch blindlings vertrauen können.“

„Aber du willst dich vorher erst vergewissern, ob du es auch kannst, habaja, Liebsten, dann ist es doch kein blindes Vertrauen mehr.“

„Gemeinheitsmäßig doch. Ich möchte nur so viel von meinem Innenleben und Charakter kennen wollen, daß ich dieses vollkommenes Vertrauen mit Recht haben kann. Denn der Mann, den ich liebe und dem ich mich zu eigen geben will, muß auch in anderen Augen hoch in Achtung und Ansehen stehen; keine Ehre und kein Charakter müßen unantastbar und unantastbar sein.“

„Und du meinst, das könnte bei Bruchhausen — wie leicht nicht der Fall sein?“

„Ja, entsehlert, wenn ich so etwas meinen sollte!“

„Nun, heißt du, Herz, mög also die ganze Grotzartigkeit?“

„Thea!“ Sie blieb plötzlich stehen und ergabte dem Freundin Hand.

(Fortsetzung folgt.)

sch ungeschützt zu entfallen. Abg. Dr. H e s s (Str.) wendet sich gegen die Beleidigungen des Oberhauptes der katholischen Kirche durch den Abg. Schul-Neußölln. Abg. Koch-Dempshausen (Dnt.). Die deutfnationale Fraktion weist die Anwürfe des kommunifistischen Redners gegen die christliche Kirche mit aller Entschiedenheit zurück. Diese Anwürfe reichen an die christliche Kirche nicht heran.

Abg. K a t e r s (Soz.) erklärt für die Sozialdemokraten, daß sie sich bei der Abstimmung über den Kirchenvertrag der Stimme enthalten würden. Abg. Graf von P o l a - d o m f t y - W e h n e r (Volksrecht.) gibt in seinem eigenen (wie im Namen der deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Hallensleben, Dr. Kriege, Dr. Boehm, Eißhöp und Buchhorn und im Namen der Deutsch-Hannoveraner Frhr. von Wangenheim und Bießer die Erklärung ab, daß diese Abgeordneten gegen den Staatsvertrag stimmen würden, weil sie schwerwiegende Bedenken gegen die sogenannte politische Klausel hätten.

Damit ist die Aussprache beendet. Zur dritten Lesung des Pfarrerebelordnungsgehezes wird das Wort nicht verlangt. Das Haus nimmt hierauf die Abstimmungen vor.

Zunächst wird über den kommunifistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung, der mit der Unterstützung der preußischen Regierung an dem Zustandekommen der Rotverordnung begründet ist, abgestimmt. In namentlicher Abstimmung wird der kommunifistische Mißtrauensantrag mit 220 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Es folgt die Abstimmung über den kommunifistischen Antrag, der das Staatsministerium erludt, die Aufhebung der Rotverordnung zu verlangen. Auch dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt, und zwar mit 206 gegen 151 Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Es folgt die Abstimmung über den Kirchenvertrag. Die namentliche Schlußabstimmung ergibt 202 Stimmen für den Vertrag, 54 Stimmen der kommunifistischen, Nationalsozialisten und einzelner Abgeordneter aus anderen Parteien dagegen bei 105 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten. Der Kirchenvertrag ist damit endgültig zum Landtag angenommen. Auch das Pfarrerebelordnungsgeheze wird in namentlicher Schlußabstimmung mit 273 gegen 44 Stimmen endgültig verabschiedet.

Zur Geheißabstimmung beantragt Abg. S o b o t t k a (Komm.) den Antrag seiner Freunde, der die Regierung erludt, den Vertrag in Oberhiesien an die Ober-Stätten H. G. zu verhindern, weil andernfalls eine Stilllegung der Hünten und Entlassung der Arbeiter zu besördern sei sowie der Uebertrag der gesamten oberhiesischen Eisenindustrie an Vorkig, sofort zur Entscheidung zu stellen. Die sofortige Erledigung scheidet am Widerspruch aus dem Hause.

Um 13.30 Uhr verlagt sich das Haus auf Dienstag, den 7. Juli, 13 Uhr: Siedlungsgeheze und Anträge über Anwesenheitsabden

Revirement im A. A.

Veränderungen in der deutschen Diplomatie.

Berlin, 14. Juni.

Der deutsche Gesandte in Athen, von Kardoff, und der deutsche Gesandte in Peking, von Borch, sowie der Generalkonsul Hellwig in Antwerpen sind zur Disposition gestellt worden. An Stelle des vom Gesandten in Wien ernannten früheren Reichslegationsrats Wietz ist der Vortragende Legationsrat Forster zum Auswärtigen Amt zum Reichsminister bei der Botschaft in Paris ernannt. Generalkonsul Beringer in Neapel ist zum Generalkonsul I. Klasse in Barcelona ernannt worden. Konul Döble in Paris wurde zum Gesandtschaftsrat ernannt. Legationsrat Meyer wurde zum Gesandtschaftsrat in Washington ernannt, und der Gesandtschaftsrat Baer in Washington wurde als Legationsrat ins Auswärtige Amt einberufen. Vortragender Legationsrat Wiedel ist zum Generalkonsul I. Klasse in Zürich ernannt als Ersatz für den früheren Presschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Heilbronn. Der Gesandtschaftsrat Anmelten aus dem Auswärtigen Amt ist zum Konul in Neapel ernannt worden.

Disconterhöhung um 2 Prozent.

Berlin, 14. Juni.

Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 13. Juni den Bankdiskont um 2 Prozent von 5 auf 7 Prozent und den Lombarddiskont von 6 auf 8 Prozent erhöht.

Die beiden Freundinnen gingen, leise, aber angeregt plaudernd, durch die verschiedensten Wege des inmitten Berlins gelegenen Tiergartens.

Ein prächtiges Bild bot der Tiergarten in seinem winterlichen Kleide. Auf den Wiesen und Zweigen der Bäume lag der Schnee und glitzerte in der Sonne, als wäre er mit Diamanten bestreut. Ebenso war der Boden mit Schnee bedeckt. Für den Berliner, aus dessen Straßen der Schnee immer so langsam verschwindet, ist solch eine Schneelandschaft ein herzerfreudender Anblick, und darum ist der Tiergarten zur Schnezeit fast ebenso besüßert, als wenn er sich im Frühjahr oder Sommer in seiner grünen Pracht zeigt.

„Wagene es nicht länger, Ja.“ sagte leise die kleinere der beiden. „Alle Welt sieht und weiß es, daß der Regierungsbaumeister Bruchhausen dir eifrig den Hof macht, und vorgeht auf der Gesellschaft bei Stettens.“

„Ich bitte dich, Thea, auf welche törichtigen Gedanken kommst du nur!“ antwortete sie die mit Ja Angeredete, indem eine dunkle Glut in ihre, von der Kälte ögnehin geröteten Wangen flog.

„Du täuschst dich.“

„Nein, ich täusche mich nicht, ich habe es genug beobachtet und jeder — auch michgenommen, daß ein gewisses Fräulein Isabella Renatus diesen Hudigungen gegenüber sehr kühl blicke. Du bist wirklich eine Geistesgenugdra mit einem Herzen von Stein und Eis. Bruchhausen ist ein Mann, der durch sein Wesen, seine Klugheit und Tüchtigkeit sehr gleich ausgezeichnet ist. Du kannst doch unmöglich solchen Vorzügen gegenüber kalt bleiben, zumal du merken mußt, wie er einzig und allein nur dich liebt, wie er dich auf jede Weise seine Subjugation fühlen läßt!“

Sie schweig eine Weile und ging, den Blick zu Boden gerichtet, gedankenvoll neben der Freundin her. Dann hob sie ihn mit jähem Entschluß.

„Nein, sie lassen mich nicht kalt — ich will dir auch gestehen, daß sie nicht ohne Eindruck auf mich geblieben sind, ebenso seine ganze Persönlichkeit. Seine Auszeichnung

Gegen Sozialdemokraten und Kommunifisten findet ein Antrag Annahme, der verlangt, daß an der neunjährigen Unterrichtsdauer bei den höheren Schulen und an der Reifeprüfung festgehalten wird.

Ohne Ansprache bestätigt das Haus Anträge des Landwirtschaftsausschusses auf Erhöhung bestimmter Holzpreise und auf Einführung eines Verwendungszwanges für inländisches Papierholz, Zur Förderung der Holzhausfuhr sollen die Beförderungsstrafe gelindert werden.

Es folgt die Beratung eines Antrages des Landwirtschaftsausschusses, der das Staatsministerium erludt Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, um in Zukunft jede Brotpreiserhöhung zu verhindern und bereits eingetretene Brotpreiserhöhungen rückgängig zu machen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums an den Landwirtschaftsausschuss zurückverwiesen.

Gegen die Antisparteien wird ein deutfnationaler Antrag angenommen, der verlangt, daß dem Weizenmehl 20 Prozent Roggenmehl beigegeben werden, die Bezugspreise von Exportmehl als Preisfuß in Höhe von 10 Prozent durchgesetzt und die Weizenmehl-Einfuhrsteuer abgedehnt wird. Die Ausfuhr findet bei den Weizenmehlschiffen einen Kostenerhöher in größerem Umfange als bei den anderen Sorten des Weizenmehls bezuzuziehen und Bezugspreise gegen Höchstpreis und Berechnungsvorschriften klarer zu kontrollieren und zu besördern.

Der Antrag des Rechtsausschusses, den deutfnationalen Antrag auf Stillsetzung des Todesurteils gegen Strifen abzuheben, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Staatspartei und der Kommunifisten gegen die übrigen Parteien beiläufig.

Angenommen wird der Antrag des Rechtsausschusses, der das Staatsministerium zu unmittelbar und durch Einwirkung auf die Reichsregierung den Bau einer Eisenbahn für Langenmünde mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern. Ferner wird die Regierung erludt, zu veranlassen, daß in das von der Reichsregierung aufzuführende Arbeitsbeschaffungs-Programm die Errichtung der Ostbar-Zellergärten aufgenommen wird.

Die Annahme fand schließlich noch ein Antrag, wonach die Mittel für die Reformation angesichts der Notlage so weit als nur möglich herabgedrückt werden sollen. Von allen entbehrlichen Repräsentationen soll abgesehen und in entsprechendem Sinne auf die Gemeinden und Gemeindefürsorge eingewirkt werden.

An der Sonnabendtagung stehen die dritte Beratung des Kirchenvertrages und die Abstimmung über den kommunifistischen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium auf der Tagesordnung.

Berlin, 14. Juni.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen beginnt der Landtag die dritte Beratung des Geheitzururfes über den Staatsvertrag mit den vöngastlichen Landeskirchen. Abg. Dr. H e s s (Str.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion mit dem Hinweis darauf, daß nach dem katholischen Kontrakt nunmehr dieser Staatsvertrag die staatsrechtliche Gleichstellung der evangelischen Landeskirchen bringe. Abg. S c h u l z - N e u s t ö l l n (Komm.) meint, Herr Dr. Hess hätte auch fragen können, daß nach der katholischen Kirche nunmehr auch die evangelische durch den Staat ein Millionen-Besicht erhalte.

Als der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den isolierten Charakter des letzten Landesherrschens des Papstes mit dem Anschluß zum Reich, Frieden und Heiligkeit bezeugt, wird er vom Präsidenten barfels gerügt. Im Zentrum macht sich starke Erregung bemerkbar. Mehrere Kommunifisten dringen gegen die Bänke des Zentrums vor, Zentrumsabgeordnete kommen ihnen entgegen, und es drohen Tätlichkeiten. Dem Präsidenten gelingt es mit Anordnung schärferer Ordnungsmaßnahmen, die Ruhe wiederherzustellen.

Als hierauf der Führer der nationalsozialistischen Gruppe im Landtag, Abg. Rube, das Wort nimmt, wird er besonders von der äußersten Linken mit stürmischen Zurufen empfangen, da sie für die Zustimmung der NSDAP, im Reichstag auch die Nationalsozialisten im Landtag sich absolut passiv verhalten haben. Abg. R u b e (Nat.-Soz.) führt aus, daß seine Freunde den Staatsvertrag ablehnen würden, weil sie kein Vertrauen zu seiner Durchführung durch die gegenwärtige Regierung hätten und weil sie es für unter der Würde der Kirche gegenden hielten, daß die evangelische Kirche sich unter die Kontrolle von marxifistischen Machthabern gebehe. Abg. J u s t i (Landvolk) erkennt an, daß der Vertrag der Kirche im allgemeinen die Freiheit gebe.



Roman von Elisabeth Borchardt

In einem sonnenhellsten Januarnachmittag schritten zwei junge Mädchen in Richtung zum Hauptplatz in Berlin dem Tiergarten zu. Sie trugen Schliffschuhe am Arm und hatten somit wohl die Ansicht, dem Sport des Schliffschliefens aus dem Reuen So zu buldigen.

Die frische Winterluft hatte ihre Wangen gerötet, und es erhellte den Reiz der jugendlichen Gesichter. Die Vorübergehenden warfen wohlwollende Blicke hinüber, die aber von den sich eifrig Unterhaltenden nicht bemerkt wurden.

Es standen beide in dem blühenden Alter von achtzehn bis neunzehn Jahren, und ihre Kleidung sowie ihre Haltung verriet, daß sie den ersten Gesellschaftsreisen angehören. Aber dennoch war ein unentzerrbarer Unterschied zwischen beiden.

Die eine, etwas kleinere, junge Dame war hellblond und nicht eigentlich hübsch, doch der muntere, feste Ausdruck, der in Augen und Jügen lag, machte das Gesicht lebenswetter. Sie war fast noch überflüssig wie ein Werkstück und schien sehr lebhaften Temperaments zu sein.

Die andere dagegen gehörte zu denen, die man einmal gesehen, so leicht nicht wieder vergessen kann. Sie war größer und kräftiger gebaut, und in ihren Gesichtszügen, ihrer Haltung und ihren Bewegungen lag eine natürliche Anmut, eine gesunde, ursprüngliche Kraft ausgedrückt. Das feine, geistvolle Gesicht, das dunkle Haar umrahmte, hatte einen selbstbewußten Reiz, der zu den lebhaften Farben der Wangen einen angenehmen Gegenfug bildete. Die gerade nicht zu kleine Nase, der schon geformte Mund und die dunklen, tiefen Augen, die sich nicht ohne Mühe zu einem anmutigen Bild. Der Ausdruck in den Augen zeigte zuweilen einen über ihr Alter hinausgehenden Ernst, zuweilen aber den ganzen Lebensmut, die Lebenslust, die ganze begeisterungsfähige Seele der Jugend.

gen Doumer vor dem Ehrlie und geleiteten ihn in den Hauptaal, wo Doumergue und die Mitglieder der Regierung ihn erwarteten. Es folgte die Begrüßungsrede des bisherigen und die Antwort des neuen Staatspräsidenten, worauf sich beide zur Amtsübergabe allein in das Arbeitszimmer begaben. In den Hauptaal zurückgeführt, nahm Doumer aus der Hand des Großkanzlers der Ehrenlegion des Generals Dabril, die Insignien der Ehrenlegion, das Band des Großkreuzes und die goldene Kette, auf deren einzelnen Gliedern die Namen sämtlicher Staatspräsidenten seit dem Jahre 1875 eingraviert sind, entgegen und wurde somit als Großkreuzer des Ordens der Ehrenlegion anerkannt. In diesen Augenblick wurden 21 Schußwaffen abgefeuert. Anschließend begab sich Doumer in das Rathaus, wo er von dem Präsidenten, den Mitgliedern des Stadtrats dem Präsidenten des Seine-Departements und dem Polizeipräsidenten empfangen wurde.

Nach der Rückkehr ins Ehrlie erfolgte der formelle Rücktritt des Kabinetts und die Antwort des Staatspräsidenten, der Caval hat, sein Amt zu behalten, da die Regierung sich des Vertrauens der Kammer erfreue. Das zweite Kabinett Caval stellt sich erst am 16. Juni vor, denn der parlamentarische Maßstab der Befähigung mit der Unterstützung des neuen Kabinetts bringen. Eine Ministererklärung findet nicht statt. In Kammer und Senat wird eine Adressenkommission des alten und eine Begrüßungsadresse des neuen Präsidenten verlesen. Zu Ehren der Amtsübergabe des neuen Staatspräsidenten waren sämtliche Schulen sowie die staatlichen und städtischen Zentren geschlossen.

Weitere Krawalle im Reich.

Verharmlosungsverbot im Bremer Staatsgebiet.
Aus Anlaß der politischen Ausschreitungen in der letzten Zeit hat die Polizeidirektion Bremen auf Grund des Artikels 123, Absatz 2, der Reichsverfassung in Verbindung mit § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 in Bremen, Stadt- und Landgebiet und in Begleit alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten.

Ueberfall auf den Embener Oberbürgermeister.
Auf den Embener Oberbürgermeister Dr. Mißburg wurde in seinem Amtszimmer ein Ueberfall verübt. Dort erschien der kommunistische Schulamtsemergentenlehre der Oberbürgermeister, der Mißburg an der Hand der Ordnungen, das Waffensystem betreffend, zur Rede stellte. Nach kurzem Wortwechsel schlug Mißburg auf den Oberbürgermeister ein, der durch das Telephon die Polizei alarmierte, die Mißburg festnahm.

Plünderungsversuch in Leipzig-Cindenan.
In Leipzig-Cindenan kam es vor einem nationalsozialistischen Versammlungsort, wo sich Annehmungen politisch Andersdenkender gebildet hatten, zu Tumulten. Nachdem das Ueberfallkommando gegen 21 Uhr die Straßen geräumt hatte, ritten sich in einer Nebenstraße wieder Demonstranten zusammen, wobei der Versuch unternommen wurde, ein Lebensmittelgeschäft zu plündern. Zwei große Fensterhöfen des Geschäfts wurden eingedrückt. Als die Menge zur Plünderung der Waren nicht entschlossen war, die Polizei und machte von dem Gummiknüppel Gebrauch.

Kommunistendemonstration in Darmstadt.
Im Anschluß an eine erlaubte Kundgebung des Kampfbundes gegen den Faschismus versuchten Kommunisten, nach Schluß der Versammlung einen Demonstrationen zu bilden. Sie wurden von der Polizei auseinandergetrieben, formierten sich aber wieder in den Nebenstraßen. Die Polizei, die von den Demonstranten mit Steinen beworfen wurde, war gezwungen, vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen. In einem Kleiderhaus wurden Schaufenstergehäusen eingeschlagen und einige Mäntel gestohlen.

Ueberfall auf Stahlhelmer in Erfurt.
Im Arbeitsamt Erfurt wurden zwei Stahlhelmer von Kommunisten mit Säcken und Messern überfallen. Ein Stahlhelmer erhielt einen gefährlichen Messerhieb. Wie verlautet, sollen die Täter Berliner Mitglieder der SPD sein, die zurzeit die Erfurter Partei umorganisieren.

Zusammenstoß in Köln.
In Köln-Mülheim tobten sich einige hundert Kommunisten zu einer Demonstration zusammen. Die Polizei verbot, den Zug aufzulösen, ließ aber dabei auf den festgesetzten Widerstand. Nach den Beobachtungen der Polizei soll auch aus diesem Stadium auf die Polizei geschlossen worden sein. Zwei Eisenbahnwagen wurden durch die Demonstranten durch schwere Schüsse aufgesprengt. Mehrere Demonstranten wurden verletzt.

Ausschreitungen in Elberfeld und Remscheid.
In Wuppertal-Elberfeld kam es wiederum zu kommunistischen Ausschreitungen und Straßenunruhen, bei denen meist Jugendliche beteiligt waren. Die Polizeibeamten, die häufig angegriffen wurden, versuchten mit Schreckschüssen und unter Anwendung des Gummiknüppels die Menge zu zerstreuen. Ein Hilfsarbeiter wurde durch einen Schuß in den Oberkörper verletzt. Zahlreiche Straßenlaternen wurden umgelegt und eine ganze Anzahl Schaufenstergehäusen zerstört. Eine Reihe von Personen wurde verhaftet. — Auch in Remscheid haben sich die Unruhen, die in den Nachmittagsstunden ausbrachen, bis in die frühen Nachmittagsstunden fortgesetzt. Mehrmals mußte die Polizei, die offensichtlich mit Steinen beworfen wurde, energig durchgreifen. In einem Fall war sie gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Neue Krawalle in Kiel und Neumünster.
In Kiel kam es an verschiedenen Stellen der Stadt wiederum zu Kommunistentravallen, die jedoch nirgends ernsthafte Form annahm. Die Polizei war überall Herr der Lage. Am Abend wurden zwei große Schaufenstergehäusen des Gebäudes der „Kieler Neuesten Nachrichten“ durch Steinwürfer zerstört. Bei den Tätern handelt es sich um jugendliche Burden. Als die Polizei erschien, waren die Täter geflüchtet. Nach den kommunistischen Rundgebungen in Kiel kam es während der letzten Tage auch in den Hauptstraßen Neumünsters wiederholt zu Zusammenrottungen zweifelhafte Elemente. Raderpartouillen, mit Schußwaffen ausgerüstet, durchstreifen unangeführt die Stadt. Im Verlaufe des Wochenmarktes kam es zu größeren Zusammenrottungen, an denen sich Kieler Kommunisten beteiligten. Die Polizeibeamten wurden mit einer Flut von Beschimpfungen und Schmähsätzen überschüttet und mußten schließlich vom Gummiknüppel Gebrauch machen.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 15. Juni 1931

* Zum ersten Male hat es die neureferierte Leipzig-Landsmannschaft unternommen, der Heimatstadt einen Sonntagsgottesdienst zu machen. Schönlies Sommermetter förderte den Verlauf des Wiederlebensstages ungemein. Zu den frühen Morgenstunden begann in Leipzig die Fahrt durch die Heide in die Heimat. Der geräumige Wagen der Rundfahrtgesellschaft ließ die Fahrt durch die Heide zu einem Genuß werden, allerdings mußte dann und wann in der Heide „getankt“ werden. Am 11. Juni trafen die Heimfahrer auf dem Wartplatz ein, auf dem der Kantorei-Männerchorverein Auffstellung genommen hatte, der mit einigen Liedern die Feier verordnete. Beigeordnete Kolbe begrüßte alle Gäste aufs herzlichste und bat die Landsmannschaft, alle Jahre eine derartige Fahrt in die Heimat zu unternehmen und in der Leipziger Kreise für den Besuch Rembergs zu werben. Der Vorhänge der Landsmannschaft sprach den Dank für die freundliche Aufnahme aus. Nach dieser kurzen Begrüßungsfeier zerstreuten sich die Leipziger, um die Heide vorzunehmen. Am Nachmittag sammelten sie sich in Waldhaus Niemitz, wo bei Speise und Trank, Spiel und Tanz schnell die wenigen Stunden verstrichen. Auch wir wünschen, daß die Landsmannschaften alle Jahre einmal den Weg geschlossen in die Heimat finden möchten und daß sie im neuen Wohnsitz für den Besuch der Heimatstadt werden mögen.

— Zahl der Wollfahrtsereisenlosener unermindert
Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes hat der Gemeinden, denen die Betreuung der Wollfahrtsereisenlosener obliegt, noch keine Erleichterung in finanzieller Hinsicht gebracht. Nach der Erhebung des Deutschen Städtevereins ist nämlich die Zahl der vom Arbeitsamt anerkannten Wollfahrtsereisenlosener in den Monaten mit über 25 000 Einwohnern (die zusammen 25 Mill. Einwohner haben) weiter gestiegen. Es betrug am 31. Mai 1931 722 000 (gegen 717 000 Ende April). Dazu kommen 30 000 Unterhüte, deren Anerkennung als Wollfahrtsereisenlosener noch aussteht bezw. vom Arbeitsamt abgelehnt wird. Von den genannten Städten wurden somit am 31. Mai insgesamt 752 000 Erwerbslose laufend unterhütet. Von der Wollfahrtsereisenlosener Ende Mai erhielten 68 000 Fürsorgegeld.

Gadix. Im Sonnabend nachmittag entfiel auf dem Gehfuß des Landwirts Jost ein Schadenfeuer, durch das der Stall und die Scheune eingeschädigt wurden. Glücklicherweise konnte aus dem brennenden Gebäude das Vieh gerettet werden, während alle andere verbrannte. Die Entstehungsurache ist noch nicht geklärt, jedoch wird Brandstiftung vermutet.

Schleien. Eingefahren wurde in der Nacht zum Donnerstag beim Gleichhelfer Wilhelm Schleif. Durch Grundrücken der Fenstergehäuse gelangten die Diebe in den Laden und ließen 30 bis 40 Würste, mehrere Seiten Speck, sowie Fleisch und Schinken mitgehen. Weiter haben sie vergeblich versucht, die Kasse zu öffnen, die durch die Diebesarbeit schwer beschädigt ist. Leider sind die Einbrecher unerkannt entkommen.

Jahna. 12. Juni. Vermißt wird seit einigen Tagen ein angesehener Geschäftsmann, nachdem er in Schwierigkeiten geraten war, entfernte er sich von seinen Angehörigen. Jetzt haben diese eine Karte von ihm erhalten, die zu entnehmen ist, daß er sich ein Leid angetan haben könnte. Bestimmtes hierüber ist noch nicht bekannt geworden. Der wirtschaftliche Niedergang scheint ebendam sehr guten Geschäftes und der Tod seiner Gattin im vergangenen Jahre haben den Mann ansehend schwerermüdet gemacht.

Wörlitz. Die Vertreibung des Diefmannschen Grundstückes „Lust-Café-Restaurant“ fand unter großer Beteiligung statt. Mit dem Höchstgebot von 31 100 Mark ging das Grundstück in die Hände des Restaurateurs Rückert, dem früheren Inhaber des alten Kornhauses und des Ratskellers in Dessau über.

Braunkohlenbergbau gegen Notverordnung.

Halle. Nach der Notverordnung vom 6. Juni kam die Regierung die Beitragspflicht für Untertagearbeiter des Steinkohlenbergbaus und ihre Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung aufzuheben, wenn dadurch eine angemessene Lohnsenkung erreicht wird. Diese Bestimmung bedeutet, wie vom Reichsarbeitsministerien erklärt wird, eine Subventionierung des Steinkohlenbergbaus, wie sie in diesem Umfang ein anderer Wirtschaftszweig bisher nicht erfahren hat. Darüber hinaus bedeute sie einen willkürlichen Eingriff in die Wettbewerbslage zwischen Steinkohle und Braunkohle zugunsten der Steinkohle.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein hat, wie wir erfahren, in einem Telegramm an den Reichskanzler nachdrücklich Einspruch gegen diese Bestimmung erhoben. Er verlangt, daß die Reichsregierung die fragliche Bestimmung aufhebe oder mindestens von der in der Notverordnung ausgeprochenen Ermächtigung keinen Gebrauch macht.

Erdbeden auch im Ostharz?
Quedlinburg. Aus Ballenstedt kommt die Nachricht, daß auch dort in der Nacht zum Sonntag eine heftige Erdröschütterung verpürt wurde.

Burg b. Magdeburg. Das Brot wird billiger. Auch hier wird in der nächsten Zeit billigeres Brot geliefert werden können. Burg ist nämlich eine der sieben glücklichen Städte des Reichs, die sich dem Reichsministerien ernährungsministerium eine größere Menge Roggen zu billigerem Preise zur Verfügung bekommen.

Eine Holzpalsterer niedergebrannt.
Eilenburg. In der Burkhardschen Holzpalsterer in Lauffig brach in der Nacht Feuer aus, dem die ganze Fabrik zum Opfer fiel. Die Vorfahrten wurden durch den dort herrschenden großen Wassermangel sehr erschwert. Die Höhe des angerichteten Schadens steht noch nicht fest, wie auch die Entstehungsurache bisher noch unbekannt ist.

Vor dem Wollfahrtsereisenlosener in Anhalt.

Dessau. Die Bestimmungen für das Anhaltische Volksbegehren sind vom Staatsministerium fertiggestellt. Der Sonntag hat sich jetzt mit der Angelegenheit zu befassen, der den Entwurf sofort vorzubereiten soll, so daß im Anschluß an die Landtagsberatung durch das Staatsministerium die endgültige Festlegung der Eintragungssfrist erfolgen kann.

Staatsgerichtshof tagt in der Befehlungsaffäre.

Dessau. Das Staatsgericht für Anhalt zur Unterlegung der Befehlungsaffäre betreffend die früheren Landtagsabgeordneten Günther (Dessau) und Maragah (Hofhaus) tritt am 24. Juni in Dessau zusammen. Die Sitzungsdauer ist bis zum 26. Juni berechnet worden. Den Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Bunte. Außerdem kommen der Reichsanwalt und vier Reichsgerichtsräte mit nach Dessau.

Halle. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat, wie bereits gemeldet, die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Kampf“, das Organ für Halle-Merseburg auf die Dauer von acht Wochen und zwar bis zum 3. August 1931 einstweilen verboten.

Wohnungs- und Wollfahrtsereisenlosener in Leipzig.

Leipzig. Die letzte Stadtvorordnetenplanung beschloß die Beibehaltung der Wohnungsliste, die sich gemäß hat. Einige Erleichterungen für Familien mit Kindern sind vorgelegen. Eine Ratsvorlage, die die Nachbewilligung von über 600 000 Mark Mehraufwendungen an Kriegserschädigte und Kriegerverwundete in die Wohnungsbau, wurde ohne Aussprache angenommen. Ein kommunikativer Dringlichkeitsantrag auf Einführung der 40-Stundenwoche und Bewahrung einer Wirtschaftsbefähigung an die Erwerbslosen wurde dem Wollfahrtsereisenlosener zur Vorbereitung überwiehen.

Arbeit für die kommende Landtagsession.

Dresden. Auf der Tagesordnung der am 16. Juni stattfindenden Sitzung des sächsischen Landtags stehen die zweite Beratung der Staatskapitel „Gewerbe- und Dampfheilmittel“, und „Rechtsprechung und Reichsregierung“, sowie die Beratung kommunikativer Anträge betr. die Notverordnung, Maßnahmen gegen Gehaltsabbau der unteren Beamten usw. und eine staatsparteiliche Anfrage über die Änderung der Grundlagen für Aufstellung des Staatshaushaltspianos 1931 durch die neue Notverordnung.

Mahnreden gegen die Goldfödenbewegung.

Dresden. Das Ministerium des Innern hat nunmehr die Polizeibehörden besonders angelegien, der in letzter Zeit vergrößerten antireligiösen Propaganda ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen und die Bevölkerung vor Verleitung ihrer religiösen Empfindungen nachdrücklich zu schützen. Die rechtliche Grundlage hierzu gibt die Reichsnotverordnung vom 28. März.

Grafsh. Zwei Brüder in Lebach verbrannt. — Im nachherdort entstand aus unaufgeklärter Ursache nachts in einem Familienhaus ein Brand, der beim Erwachen der Bewohner bereits zu große Ausdehnung angenommen hatte, daß der Besizer und seine Frau sich nur mit knapper Not retten konnten. Zwei Söhne im Alter von 18 und 20 Jahren erlitten einen qualvollen Tod in den Flammen. Der dritte Sohn entging dem Feuerdort durch eine Sprung aus dem Fenster des Obergeschosses. Die völlig verkohlten Leichen der beiden verbrannten Jungen wurde von der Feuerwehr aus den Trümmern der Brandstätte geborgen.

Anforderungen an die Inventur

Der Reichsfinanzhof hat sich wiederholt mit dieser Frage beschäftigt, zuletzt am 29. Oktober 1930. Das Urteil hat grundsätzliche Bedeutung für jedes Geschäftsbüro, was geben seinen wesentlichen Inhalt dabei nachfolgend im Wortlaut wieder: Welche Anforderungen im Einzelfall an eine Inventur zu stellen sind, damit diese noch Anspruch auf Ordnungsmäßigkeit erheben kann, kann zweifelhaft sein. Auch Staub, Kommentar zum Handelsgesetzbuch, § 39 Zinmarkierung 14, muß die Inventur ein genaues Verzeichnis aller Vermögensgegenstände und Schulden mit Wertangaben enthalten. Nach Düringer-Jachanzburg-Schönmann, Handelsgesetzbuch, § 39 Anm. 6, sind in der Inventur die Vermögensbestandteile einzeln nach Gattung, Qualität, Menge, Gewicht, Maß usw. zu bezeichnen und der Wert anzugeben. Nun hat allerdings der Reichsfinanzhof in der Entscheidung vom 8. Februar 1928 — VI A 118/28 — ausgeführt, daß den Grundrücken ordnungsmäßiger Buchführung in gewissen Fällen die Zusammenfassung im wesentlichen gleichartiger Inventur lediglich in einer Weise aufgeführt wurde, die selbst für einen Fachmann eine Nachprüfung der einzelnen Werte in der Richtung, ob es sich um Anschaffungspreis, niedrigeren gemeinen Wert oder um eine reine Schätzung handelt, nicht mehr möglich ist, und wenn weiter nicht einmal der Wiederbeschaffungspreis der Waren am Stichtag auch nur annähernd ermittelt werden kann, weil die einzelnen Waren nach Art und Menge in der Inventur nicht verglichen sind, dann kann eine solche Inventur nicht mehr den Anspruch auf Ordnungsmäßigkeit erheben. Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Aufstellung einer Bilanz und Inventur haben in erster Linie den Zweck, den Gläubigern eine Uebersicht über die Vermögenslage des Geschäftsinhabers zu geben. Eine solche Uebersicht ist aber nur gewährleistet, wenn die Vermögensgegenstände in der Weise in der Inventur aufgeführt sind, daß aus der Inventur Art und Menge der vorhandenen Waren zu ersehen ist.

Gemeinden und Notverordnung

Einführung einer Wohnraumsteuer?

Die neue Notverordnung der Reichsregierung versucht, normal auch dem schwierigen Problem der Entlastung der Gemeinden von den vielfältigen Lasten der Wollfahrtsereisenlosener gerecht zu werden. Bei näherem Hinsehen stellt sich aber heraus, daß die Hilfe für die Gemeinden nur eine scheinbare ist. Kommunalpolitisch gesehen wird die neue Notverordnung daran scheitern, daß sie die Gemeinden im Enderfolg nicht entlastet, sondern daß wieder der Versuch gemacht wird, Lasten des Reiches auf die Gemeinden abzumägen. Der Gesamtschuldenbetrag der Gemeinden für 1930 beträgt 450 Millionen Mark, er wird am Ende des Rechnungsjahres 1931 etwa 625 Millionen Mark betragen. Den Gemeinden stehen zur Abdeckung dieses Defizits zur Verfügung die Lohnsteuererstattungen mit 60 Millionen RM, sowie Gehaltsrückstellungen. Diesen Beträgen steht ein Steueranfall und ein Ausfall an Hauszinssteuern gegenüber, die die Zuweisungen wieder ziemlich ausgleichen.

Die sogenannte Sanierung der Arbeitslosenversicherung stellt lediglich eine Ausgabenverlagerung dar. Die Verzögerung der Unterfertigungszeit von 28 auf 20 Wochen bedeutet praktisch, daß die Arbeitslosen 6 Wochen früher als bisher in die gemeindliche Wollfahrtsereisenlosener kommen, denn die Verzögerung der Unterfertigungszeit ist aber nicht gleichgültig mit einer Verzögerung der Erwerbslosigkeit. Die bisherige Lage während Wartzeit für die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung ist auf 7-21 Tage verlängert worden. Hier liegt die Gefahr vor, daß wegen Hilfsbürtigkeit die Wohl-



Jahrespflege vielleicht noch vor dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung einbringen muß. Eine weitere Befestigung kann den Gemeinden auferlegt werden durch die Verpflichtung, den Personen, welche den neugeschaffenen freiwilligen Arbeitsdienst ausüben, Unterkunft und Verpflegung zu gewähren. Eine Entschädigung hierfür ist nicht festgelegt. Gefährlich kann den Gemeinden auch die dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auferlegte Verpflichtung werden, zur Sicherstellung des Ausgleichs des Etats der Reichsanstalt eine weitere Verfüzung der Dauer der Arbeitslosenunterstützung anzuordnen, d. h. die gemeindliche Wohlfahrtspflege noch früher mit der Fürsorge für die Arbeitslosen zu belasten. Auch die Rollen der Rifen fürsorge, von der die Gemeinden 20 Prozent zu tragen haben, müssen von den Gemeinden in monatlichen Vorberichten an die Reichsanstalt gezeit werden. Viele Gemeinden werden zu diesem Zweck Kredite aufnehmen müssen. Da die Abrechnungen von den Arbeitsämtern bisher sehr schleppend eingereicht wurden.

Einen recht oberflächlichen Charakter tragen die Bestimmungen der Notverordnung, die sich mit der Verteilung der obengenannten 60 Millionen RM auf die Gemeinden befaßt. Voraussetzung für die Zuteilung der Mittel an die städtischen und ländlichen Bezirksfürsorgeverbände sind: 1. daß alle Steuern eingeführt sind, 2. daß die Nichtlöhne für die allgemeine Fürsorge nicht zu hoch sind, 3. daß die Haushaltsrechnung durch eine unabhängige Stelle regelmäßig geprüft wird, 4. daß die Ausgabenminderungen den Grundlagen der Sparmaßnahme entsprechen und die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht günstiger geregelt sind als bei den gleichen Kategorien im Reich. An den Besätzen der Gemeindearbeiter, die tariflich geregelt sind, können die Gemeinden überhaupt nichts ändern. Diese Bestimmung steht auf dem überaus unglückseligen Stande der Arbeitslosenversicherung. Die Tarife sind nach Schiedspruch und Verbindlichkeitsklärung festgelegt. Der Gesetzgeber müßte also zu nächst die Tarife der Gemeindearbeiter aufheben, damit überhaupt erst die Gemeinden die Möglichkeit haben, die Arbeitslosen denen der Reichsarbeiter anzugleichen.

Es würde den Rahmen dieser stichwortmäßigen Darstellung wesentlich überschreiten, wollte man alle kommunalpolitischen Fehlerquellen der Notverordnung registrieren. Zum Schluß daher nur noch der Hinweis darauf, daß neben der Haussteuer uns wohl noch eine W o h n z u m f e r e e bühren wird. Diese Steuer, die fast an die Fenstersteuer des französischen Ludwig erinnert, kann vor den Händen eingeführt werden, wenn die Zinszuschüsse für die Neubauten nicht ausreichen. Da die Zinszuschüsse aus den Rückflüssen der Haussteuer gespeist und gewährt werden, um die in den Reichsgrundlagen für den Kleinwohnungsbau oorgezeichnete Miethöhe einhalten zu können, wird infolge des Rückganges der Haussteuer-Erträge auch ein Rückgang dieser Zinszuschüsse befürchtet.

Für diese Fälle können die Länder eine Wohnraumsteuer einführen. Ueber die Notwendigkeit der Einführung entscheidet die eigene Organisation der Länder, nämlich der Reichsrat. Die Einführung dieser neuen Steuer findet bis zum 1. Oktober im 6. Teil der Notverordnung unter der harmlosen Bezeichnung Kapitel 1 Zinszuschüsse. Kommentar hierzu ist überflüssig; er liegt in dem Steuerabgabungsprogramm der Reichsregierung vom 1. Oktober 1930. H.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 12. Juni 1931.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 10 Stadtverordnete.

1. Verlesen der letzten Niederschrift. Diese wird ohne Einwendungen genehmigt.

2. Mitteilungen: a) Auf das Besuch des Magistrats, von der Verlegung des Telegraphen-Bauwerks Abstand zu nehmen, teilt die Oberpostdirektion mit, daß aus wirtschaftlichen und bautechnischen Gründen die Verlegung erfolgen muß, b) von den Verhandlungen der Städtischen Anstalten. Es wurden geboten für die Bergwitzer Straße von Walter Kunert 11,50 RM und für die Schmiedeberger Straße von Ernst Heinrich 14,50 RM. Der Zuschlag wird erteilt.

3. Beihilfe für den Heide-Verein. Zur Durchführung einer Werbeaktion für den Heideverein hat der Heideverein um eine Beihilfe gebeten, für die der Magistrat 100 RM vorschlägt. Stv. Richter spricht sich gegen die Bewilligung aus, denn es ginge nicht, daß einem Verein, der faum ein Vierteljahr besteht, eine Beihilfe gewährt wird, andere Vereine bekämen auch nichts. (Beifall der sehr zahlreich vertretenen Zuhörer.) Sen. Schäfer erläutert, daß diese 100 RM durchaus nicht für Vergütungszwecke verwendet werden sollen, sondern als Mittel, Kemberg außerhalb der Stadt zu machen, Verkehr nach Kemberg zu ziehen, durch den die Einwohner wieder Nutzen haben. Stv. Rat erwidert dem Stv. Richter, daß es leicht ist, zu sagen, wir lehnen ab. Er möge sich doch einmal die Verhältnisse in Vergleich, Schmiedeberg. Aden ansehen, welchen Nutzen die Einwohner durch die Verkehrsverbesserung haben, wieviele Einwohner haben Verdienst durch Zimmervermietungen. Das alles läßt sich nicht aus dem Kermel schütteln. Wer etwas einnehmen will, der muß auch etwas ausgeben, das ist ein altes Sprichwort; vom Nehmen allein ist nichts anzufangen. Die 100 RM sind bestimmt nicht zum Fenster hinausgeworfen. Von der Veranlagung werden 100 RM zur Verkehrsverbesserung durch die Stadt bewilligt.

4. Neuregelung des Anschlagwens. Der Magistrat bringt noch einmal die zurückgestellte Vorlage, um deren Annahme Beigeordneter Kolbe bittet. Stv. Rat und Stv. Richter vermissen die Beantwortung der in der letzten Beratung gestellten Fragen über Bewässerung in anderen Städten. Stv. Hamann lehnt die Vorlage ab, da dadurch eine Belastung der Einwohner eintritt, die Werbung durch Plakate usw. vornehmen. Die Vorlage wird daraufhin abgelehnt.

5. Bauarbeiten an den städtischen Gebäuden. Die Vorlage kommt dem Stv. zur Kenntnisnahme mit dem Ersuchen, die erforderlichen Mittel bei ev. Etatüberschreitung zu bewilligen. Für die Schule kommt zum planmäßigen Ausbau eine besondere Vorlage. Von den Stv. wird bemängelt, daß alle Positionen so niedrig eingelegt seien, daß ein praktisches Arbeiten damit kaum möglich sein wird. Von der Versammlung wird die Genehmigung erteilt, da es sich nur um kleine Ausbesserungen handelt.

6. Entlastung des Rechnungsführers. Für die Rechnung des Heimatfestes wird dem Rechnungsführer Entlastung erteilt.

7. Kenntnisnahme von Rassenprüfungen. Die Sparkasse und Kammereasse sind geprüft und Beanstandungen nicht erfolgt.

8. Aufgehals der Tagesordnung bringt Stv. Ludley einen Antrag der Erwerbslosen zur Kenntnis, dessen wörtliche Verlesung er wegen der darin enthaltenen unparlamentarischen Ausdrücke ablehnt. Gefordert werden darin:

1. Einrichtung einer Volkshöhe für die Erwerbslosen,
2. Weitere Bereitstellung von Mitteln, damit die Kinder der Erwerbslosen die erforderlichen Lernmittel bekommen können.
3. Freizustellung für alle Bedürftigen und berenszuoer für alle Tage.
4. Für jeden Erwerbslosen ohne Prüfung der Bedürftigkeit eine Kostensbeihilfe und zwar unberbeitete 35.— RM, Berbeitete 50.— RM, jedes Kind 15.— RM ohne irgendwelche Abzüge für rückständige Steuern und Mieten und dergl.,
5. Erhöhung der laufenden Bezüge für Wohlfahrtsempfänger,
6. Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau.

Diese Unterstützung ist auszudehnen auf alle Arbeitsinvaliden und Kleinrentner. Unterschrieben ist der Antrag von den Erwerbslosen Sellung, Quinque, Braunsdorf, Wilhelm Müller und Klundt. Ein gleicher Antrag liegt vor von dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Rentner, Ortsgruppe Kemberg.

Stv. Quinque schildert die Not der Erwerbslosen, die bisher vom Bürgermeister mit der Austrete, es seien keine Mittel vorhanden, abgepeist wurden. Es sei unbedingt notwendig, sich mit dem Problem Arbeitsbeschaffung zu beschäftigen, weiterhin führt er die Verhältnisse in Gräfenhainchen an, zu deren Auswirkung es auch in Kemberg kommen könne. Seine Partei verurteilt diese Geschehnisse, die aber aus der Erregung zu bemerken seien. Er fordert als nächste Straßenarbeit das Leeren der Schmiedeberger Straße, da sich mit dem Pflasterarbeiten am Bahnhof wohl keine Arbeitslose beschäftigen werden. Während dieser Ausführung erdorten von den Zuhörern Zwischenrufe, die der Stv. W. Ludley beantwortete und bei Fortdauern derselben die Schließung der Sitzung in Aussicht stellte.

Sen. Schäfer nimmt zu dem Antrag über Straßenbau das Wort. Er hat geglaubt, daß sich der Stv. Quinque mit der Angelegenheit mehr vertraut gemacht hätte als Antragsteller. Der eingebrachte Antrag auf Leeren der Schmiedeberger Straße würde bei sehr hohen Kosten keine Einstellung von Arbeitslosen notwendig machen. Die Beträge würden lediglich für Material ausgegeben werden. Zu Frage kommt nur eine Arbeit, bei der wenig Material, aber viel Hände gebraucht werden. Ein solcher Vorschlag sei aber vom Stv. Quinque nicht gemacht. Stv. Rat erklärt, daß über die Not nicht mehr geredet werden braucht die spür jeder. Aber lo ohne weiteres über diesen Antrag zu beschließen ginge nicht, da der Magistrat erst zu diesem Stellung nehmen müsse. Bei dieser Feststellung greifen die Zuhörer mit Zurufen in die Verlesung ein. Stv. Rat erklärt, daß er sich durch die Zurufe durchaus nicht beirren ließe, sondern das mache, was er für richtig hielt. Er schlägt vor, dem Magistrat 10 000 RM für Quantifizierung von Straßenbauern zur Verfügung zu stellen. Durch die sich steigende Unruhe und wiederholten Zwischenrufen sieht Stv. W. Ludley veranlaßt, die Sitzung zu schließen. Nach Schluß der Sitzung dauerten die Kundgebungen vor dem Rathaus an.

Dienstag abends 8 1/2 Uhr Bibelftunde
im Bürgeraal.
Prediger Weßermann-Bittenberg.
Hierzu wird herzlich eingeladen.

Dienstag früh 7 Uhr
Speckfuchen
bei **Ernst Berndt**
Riesenspörgel
Alterspörgel
Buchweizen
Bottelwiden
Weißerübenfaat
empfiehlt **S. G. Glaubig**
Frischmilchende Kuh
oder
hochtragende Färsen
verkauft **Schente, Gniest**

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedigen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Frische Fische - Gute Fische
Dienstag früh
Seefische
lebendliche
in Eispackung
allerbilligst
B. Mierhschte
Prima frisches fettes
Rindfleisch
frische Leber u. Flecke
empfiehlt **Willy Räh**
Prima frisches
Rind- und Hammelfleisch u. frische Flecke
empfiehlt
Ernst Bachmann

Kinder-Spielanzüge
Wochenend-Schürzen u. -Kleider
vorgezeichnet, angefallen, fertig gestickt und fertig genäht empfiehlt in allen Größen, weiß und farbig
Richard Arnold :: Kemberg
Markt 3 . . . Markt 3

Feinste
Matjes-Seringe
2 Stück 15 Pf.
Salzheringe
Bratheringe
1 Ltr. Dose spottbillig 56 Pfennig
empfiehlt **S. G. Glaubig**

Prima junges fettes
Rind- und Hammelfleisch
frische Flecke
empfiehlt
Rich. Krausemann Nachf.
Inh. Heinrich Schneider

Fliegenfänger sind wieder vorrätig bei **Richard Arnold.**

Wir danken allen, die uns beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen, des Landwirts

Albert Nitzsche

durch Schrift und Kranzspenden ihre Teilnahme bezeugten. Besonders danken wir dem Krieger- und Landwehr-Verein für das Ehrengeld, Herrn Propst Bertram für seine tröstenden Worte und Herrn Kantor Pade nebst Schulkindern für den Gesang.

Die trauernden Hinterbliebenen

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückschlus des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamespaltzeile 40 Pfg., Ausnahmgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M., das Laubend, zusätzlich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 70

Dienstag, den 16. Juni 1931

33. Jahrg.

Bei dem von uns veranstalteten

13. Wettbewerb für Fensterblumenschmuck

wurden für besonders gute Leistungen durch Ueberreichung von Blumenpreisen ausgezeichnet:

- Frau Arnold, Leipziger Straße 64/65,
- " Dämiche, Markt 1,
- " Genzel, Wittenberger Straße 36,
- " Gerber, Burgstraße 9,
- " Grubbe, Burgstraße 4b,
- " Haack, Mittelstraße 7,
- " Hühne, Wittenberger Straße 57,
- " Jerner, Wittenberger Straße 34,
- " Knat, Gartenstraße 6,
- " Frau Luben, Wittenberger Straße 43,
- " Frau Müller, Leipziger Straße 54,
- " Schröder, Döberstraße 17,
- " Schüge, Wittenberger Straße 45,
- " Spieler, Markt 6,
- " Thomas, Markt 5.

Auch die übrigen Vermählungen werden dankbar anerkannt. Alle haben zur Verschönerung unserer Stadt beigetragen. Für 1931 wird hiermit der **14. Wettbewerb** ausgeschrieben. Wir bitten um rege Beteiligung. Kemberg, den 12. Juni 1931.

Der Magistrat

Gefundene Gegenstände:

- | | |
|------------|----------------------------|
| 30. 12. 30 | 1 Trauring |
| 16. 2. 31 | 1 Manteloffen |
| 30. 3. 31 | 1 Peitsche |
| 13. 4. 31 | 1 Automotorzeug |
| 26. 5. 31 | 1 Ersatzrad für Motorräder |
| 13. 6. 31 | 1 Schlüsselbund |

Kemberg, den 11. Juni 1931.

Die Polizeiverwaltung.

Unheilswangere Tage.

Neubildung des Kabinetts erwartet. — Brünings Haltung. Nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Abgeordneten Dingeldey wurde die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei fortgesetzt, die sich bis in die späten Nachmittunden hinzog und an der auch Vertreter des Parteivorstandes und der preussischen Landtagsfraktion teilnahmen. Nach eingehenden Beratungen hat die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, für die Einberufung des Reichstages einzutreten.

Entscheidung der D.V.P.

Diese Entscheidung wird vor allem damit begründet, daß nach ihrer Auffassung der Nation neue Kräfte nur dann zugewidmet werden könnten, wenn gleichzeitig auch entscheidende Änderungen in der Reparationsfrage erfolgten. Außerdem wird von volksparteilicher Seite betont, daß man in der vorliegenden Notverordnung weder eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Haushaltswirtschaft noch eine Anbahnung der Wirtschaftseinstellung zu erblicken vermöge.

Dem Reichskanzler ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei kein Mithinnehmensvotum für seine Person bedeute. Dagegen erwarte man von Dr. Brüning, daß er nunmehr zu der seit langem geforderten Neubildung des Kabinetts schreite.

Brünings Haltung.

Falls mit der Entscheidung der Deutschen Volkspartei im Aulsenrat des Reichstages sich eine Mehrheit für die Einberufung des Parlaments ergeben sollte, wird mit der Bekandmachung des Kabinetts Brüning gerechnet, da der Reichskanzler in den Parteiführerbesprechungen des Donnersstags keine Zustimmung nach dieser Richtung hin schon mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Der Reichskanzler fuhr am Freitagvormittag nach Meudel, um dort dem Reichspräsidenten über die gesamtpolitische Lage Bericht zu erstatten. Er wird für Sonnabendvormittag wieder in Berlin zurück erwartet, und man nimmt an, daß an diesem Tage wichtige innerpolitische Entscheidungen fallen werden.

Meinung des Landvolks.

Wie die „Landvolks-Nachrichten“ mitteilen, steht man in Kreisen der Landvolksfraktion auf dem Standpunkt, daß vor der Entscheidung über die Wiederberufung des Reichstages erst Klarheit darüber geschaffen werden muß, wie die Regierung sich die weitere Behandlung der Reparationsfrage denkt.

Die Notverordnung mit ihren schwerwiegenden Opfern für weite Bevölkerungsteile ist nur dann tragbar, wenn die Gewähr dafür gegeben wird, daß nunmehr das Reparationsproblem ernhaft angepackt wird.

Am engen Zusammenhang damit steht die Frage einer Umwandlung des Reichskabinetts. Diese Umwidmung ist von der Landvolksfraktion seit den Septemberwahlen gefordert worden. Sie ist heute akuter denn je, sowohl was die Person des Reichsaussenministers anbelangt, wie auch die des Reichsfinanzministers.

Diétrich soll gehen!

Abgehen von den schwerwiegenden sachlichen Bedenken gegen die Politik des Finanzministers kommt noch hinzu, daß man es aus persönlichen Gründen für unmöglich hält, einen Vizelandvolksführer für die Dauer im Amt zu belassen. Schon die Art und Weise, wie er die Frage der Beamtengehaltsföhrungen behandelt hat, ist schwer erträglich.

An einem Zeitpunkt, wo für alle Kemner der Sachlage die kommende Gehaltsföhrung außer Frage stand und wo die Beamtenorganisationen selbst bestimmi mit ihr rechneten, hat Diétrich mehrfach erklärt, ihm seien solche Pläne nicht bekannt, und er würde ihnen völlig fern.

Die Stellung der Reichsopposition.

Selbstverständlich ist auch die Frage von ausschlaggebender Bedeutung, wie sich Deutschnationale und Nationalsozialisten zu einer Regierungsumbildung verhalten. Die letzte Rede Dr. Hugenbergs in Porta läßt zunächst noch den weitgehendsten Kombination Spielraum, da Dr. Hugenberg zwar einerseits stark die realpolitische Notwendigkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum erkennt, andererseits aber grundsätzlich nicht mit denen praktizieren will, die dem Youngplan zugestimmt haben. Für das eine oder andere werden sich wohl die Deutschnationalen bald entscheiden müssen.

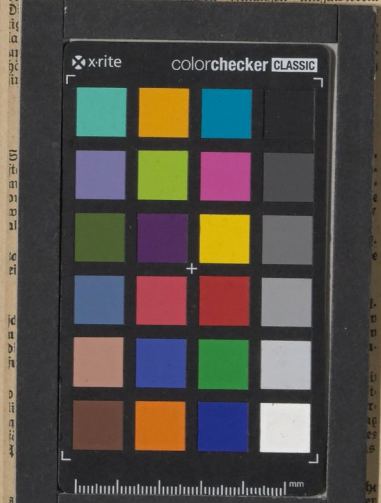
Die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ schreiben u. a.: Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokraten sich mit einer Umwidmung, die die der Sozialdemokratie noch erträglichsten Minister betrifft — etwa Diétrich, Curtius, Wörlch — einverstanden erklären werden. Daß die Rechte durch die Auswechslung einiger Persönlichkeiten veranlaßt werden könnte, die Regierung Brüning zu tolerieren, wird wohl selbst der größte Optimist nicht annehmen wagen.

Die Deutschnationalen haben sich eindeutig genug dahin ausgesprochen, daß nur die Ersetzung des jetzigen Kabinetts durch ein Kabinetts, das mit der Erfüllungspolitik nicht befaßt ist, und eine gleichzeitige Umgestaltung der Verhältnisse in Preußen für sie die Voraussetzung zur Aufgabe der Oppositionsstellung geben könnte.

Die Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die wertigste Masse auf das allerschwerste belastet. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des wertigsten Volkes zur Folge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken.“



Die farbige Lage, wie sie seit dem Erlaß der Notverordnungen

sch gestaltet hat. Der Reichsausschuß steht in Geschlossenheit hinter dem Parteiföhrer und hat zu seiner Föhrung oolles Vertrauen.

An einer eingehenden Aussprache wurde zu den Einzelfragen Stellung genommen und über die Auffassung der Parteiorganisationen berichtet.

Noch keine Klarheit.

Die Landvolksfraktion vorausichtlich für Einberufung des Reichstages. — Korrektur des volksparteilichen Beschlusses! Berlin, 13. Juni.

In Berliner politischen Kreisen erörtert man naturgemäß lebhaft die Aussichten der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Dabei interessiert man sich besonders für die Frage, welche Entscheidung die Landvolksfraktion treffen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Landvolk am nächsten steht, berichtet, diese Fraktion werde sich vorausichtlich ähnlich entscheiden, wie die Deutsche Volkspartei, und so sei die Einberufung des Reichstages so gut wie gewiß.

An Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, hält man es dagegen noch keineswegs für sicher, daß sich am Dienstag im Aulsenrat eine Mehrheit für die Parlaments einberufung ergibt. Man hofft immer noch, daß sich die Deutsche Volkspartei doch noch die Möglichkeit findet, auf die Einberufung zu verzichten.

Die Fraktion tritt am Montag erneut zusammen, um sich mit dem sachlichen Inhalt der Notverordnung zu beschäftigen. Es liegt nahe, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal über die grundsätzliche Einteilung zur Reichstags einberufung äußert, zumal die Mehrheit für die Einberufung nur zwei Stimmen betrug; von den 21 anwendenden Abgeordneten hatten 15 für die Einberufung und 13 dagegen gestimmt.

Bevorstehende Fraktionsentscheidungen.

Reichstagsausschuß zur Abänderung der Notverordnung? Berlin, 14. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm nach seiner Rückkehr von Meudel die Besprechungen mit den Parteiföhrern wieder auf.

In Regierungskreisen beurteilt man die Lage ungünstig. Nähere Mitteilungen über die weiteren Absichten des Kanzlers wurden bisher nicht gemacht. Man betont jedoch, daß irgendwelcher Anlaß zur Nervosität nicht gegeben sei.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte eine neue Besprechung mit den sozialdemokratischen Fraktionsföhrern, an der auch Reichsarbeitsminister Siegelmann und der Föhrer der Zentrumspartei, Dr. Raas, teilnahmen.

Es wurde dabei die Möglichkeit der Einberufung des Reichstagsausschusses zum Zweck der Abänderung der Notverordnung erörtert, doch ist eine entscheidende Stellungnahme noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen wurden bis zur Rückkehr des Kanzlers aus Hildesheim, am Montag früh, vertagt.

Vorher hatte Dr. Brüning Dr. Weber von der Staatspartei, Simpendörfer von der Christlich-Sozialen und Drewitz von der Wirtschaftspartei empfangen.

Schon in den ersten Tagen der kommenden Woche wird aller Voraussicht nach die endgültige Entscheidung über die Frage fallen, ob der Reichstag, der sich zur Zeit bis zum 13. Oktober vertagt hat, zur Besprechung der neuen Notverordnung zu einer Zwischentagung zusammenzutreten soll, die dann zweifelslos einen an lebhaftesten Auseinandersetzungen reichen Verlauf nehmen dürfte. Bisher ist für Montagvormittag eine Sitzung der Fraktion der Wirtschaftspartei vorgelesen. Am Nachmittag treten dann zu gleicher Zeit die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zusammen. Der für Dienstagmittag in Aussicht genommene Sitzung des Aulsenrates, der zu den Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf frühere Reichstags einberufung endgültig Stellung nehmen will, geben Fraktionsführungen der Sozialdemokraten, des Landvolks, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei voraus.

An beiden Tagen wird der Kanzler, dessen Fraktion am Sonntag in Hildesheim zusammentritt, die Parteiföhrer zu Rückfragen über die Notverordnung empfangen, und zwar am Montagvormittag unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Hildesheim zunächst den Abgeordneten Molath, den Vorsitzenden der Fraktion der Wirtschaftspartei.

Preussischer Landtag.

Berlin, 13. Juni.

Das Haus beschäftigt sich mit einer Anzahl von Ausschüssen. Abgelehnt wird entsprechend der Entscheidung des Unterrichts-ausschusses der deutschnationale Antrag der Staatsministerium erlaube, in allen Schulen ein kurze Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles und des Youngplans zur Vertiefung zu bringen.